

KOMMENTARE UND BERICHTE

Tabula rasa und Kontinuität Anmerkungen zu einer Diskussion

Von KLAUS-DIETER EICHLER (Leipzig)

I.

„Etwas unheimlich mutet an, daß die Zerstörung einer philosophischen Kultur durch eine andere; diese Ersetzung einer Philosophie durch eine andere die Situation der Philosophie im Grunde nicht verändert hat.“¹

Was mich an dieser Einschätzung von Ulrich Johannes Schneider beunruhigt und veranlaßt, diese Zeilen zu schreiben, ist weniger der Gebrauch des Singulars für Philosophie und Kultur, als die paradoxe Feststellung von der Kontinuität im Wandel. Hat sich denn für einen schon in der DDR an der Universität Philosophie Lehrenden nicht alles verändert? Wurden denn nicht alle Bedingungen philosophischer Ausbildung radikal umgewälzt? Oder wurde eine defizitäre Wissenschaftspraxis durch eine andere defizitäre ersetzt?²

Einwände gegen Schneiders Feststellung sind schnell bei der Hand. Zum Beispiel der, daß in der DDR in Folge der Realisierung des Herrschaftsanspruches der Partei der Arbeiterklasse auch ein parteieigenes Definitions- und Interpretationsmonopol in bezug auf philosophische Problemstellungen und -lösungen installiert wurde. Die Philosophie degenerierte zur Magd der Politik und verkam zum Kürzel M.-L. Schon sehr früh wurde aufgrund des Alleinvertretungsanspruchs der m.-l. Philosophie in puncto Wahrheit und Wissenschaft jeder Gedanke an eine Pluralität unterschiedlicher divergierender philosophischer Standpunkte ausgeschlossen. Also Freiheit der Wissenschaft versus Dogmatismus und ideologische Indoktrination.

1 Ulrich Johannes Schneider: Situation der Philosophie. Kultur der Philosophen. Über die neu-deutsche Universitätsphilosophie, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie H. 1/1996, 150.

Ich sehe in Schneiders Aufsatz keinen Versuch einer Neu- oder Umwertung des Philosophierens in der DDR. Dies kann nur Aufgabe einer nüchternen und vorurteilsfreien Analyse sein, die politische Instrumentalisierung – so weit das möglich ist – ausschließt. Moralische Integrität und individuelle Betroffenheit legitimieren allerdings nicht per se einen privilegierten Zugang zur Geschichtsschreibung über die DDR-Philosophie, die es in diesem Singular überhaupt nicht gibt. Allerdings thematisiert Schneider die Situation des Philosophierens an Universitäten; und dies ermöglicht es ihm, einen anderen Blick auf bisher Gesehenes zu werfen. Die gesamtdeutsche Dimension verweist auf die Kultur des Umgangs mit Anderen.

2 Vgl. dazu Jürgen Mittelstraß, Turning the Tables. Über den beispiellosen Umbau eines Wissenschaftssystems, in: Die unzeitgemäße Universität, Frankfurt/M. 1994, 111. Mittelstraß betont, daß die „Reorganisation des Wissenschaftssystems der DDR in der Form einer Integration in das Wissenschaftssystem der ehemaligen Bundesrepublik ... dazu geführt hat ... und weiterhin dazu führt, daß hier Chancen für das gesamte Wissenschaftssystem Deutschlands vertan und gleichzeitig – ungewollt, aber folgenswer – die beklagte Reformunfähigkeit dieses Systems quantitativ erweitert wird.“

Schafft die mit der Etablierung des westlichen Modells der Wissenschaftsfreiheit vollzogene Entpolitisierung der Philosophie nicht eine wesentlich veränderte Grundsituation des Philosophierens an Universitäten? Hat die Befreiung der Philosophie zur öffentlichen Unverbindlichkeit nicht eine enorme Entlastung für die philosophisch Lehrenden zur Folge? Eine Entlastung vom Druck der ständigen Versicherung an der ideologischen Front des Klassenkampfes seinen Mann bzw. seine Frau zu stehen. Ja, werden viele sagen und sich an der „Freiheit und Einsamkeit“ des Philosophierens erfreuen.

Wer so argumentiert muß berücksichtigen, daß Philosophie in der DDR im Unterschied zu ihrem westlichen Namensvetter einen ganz anderen Stellenwert im gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Alltag besaß. Philosophie hatte im Gesellschaftssystem des real existierenden Sozialismus die offizielle Funktion einer ideologischen Leitwissenschaft, die freilich im politischen Alltag oft zur Karikatur ihrer selbst verkam. Sie besaß aber auch, oft ungewollt, eine Kompensationsfunktion in bezug auf eine kaum vorhandene kritische und plurale Öffentlichkeit in den Massenmedien. Wer nur auf die parteipolitische Instrumentalisierung und auf den daher dogmatischen Wahrheitsanspruch des M.-L. reflektiert, wird schwer ein tertium comperationis zwischen ost- und westdeutscher Universitätsphilosophie feststellen können. Die den Philosophen geläufige Abstraktion von den je besonderen Bedingungen ihres Tuns verführt schnell dazu, die Antworten schon zu kennen, bevor die Fragen gestellt wurden.

Besonders deutlich wird das in der gegenwärtigen Diskussion über Charakter und Geschichte der „DDR-Philosophie“, die in dieser singulären Form nicht existierte, will man nicht im nachhinein dem parteiamtlichen Definitionsmonopol zum Sieg verhelfen.³ Unmittelbar nach der Implosion des Staatssozialismus kamen Fachvertreter der westdeutschen Philosophie an die ostdeutschen Universitäten, um das Terrain des bis dahin nur oberflächlich wahrgenommenen DDR-Philosophiebetriebs auszusprechen. Der Wechsel von der Beobachter- zur Teilnehmerperspektive wurde dann im Eilschritt vollzogen.

War es daher nicht eine bloße Illusion vieler ostdeutscher Philosophen, von den auf die freigewordenen Lehrstühle neu Berufenen ein besonderes Interesse an ihnen und ihrer Geschichte zu erwarten? Denn die Stunde Null, die für die Ostdeutschen längst geschlagen hatte, konnte es für die Westdeutschen nicht geben. Geübt im Verfassen, Lesen und Interpretieren von Texten „übersahen“ viele, daß die Kultur der Philosophie mehr enthält als das, was der Wettbewerb des ‚publish or perish‘ verlangt.

Zur philosophischen Kultur gehören nicht nur Texte, wie z. B. die in der DDR zu ideologisch-politischen Zwecken verfaßten Philosophie-Lehrbücher, wissenschaftliche Monographien oder Dissertationen. In der Tat, eine Aufzählung der originellen Werke, welche die philosophische Szene in der DDR dominierten, wäre wohl schnell am Ende. Ernst Blochs „Prinzip Hoffnung“, Georg Lukacs' „Der junge Hegel“ und „Die Zerstörung der Vernunft“, einige Arbeiten von G. Klaus, R. Bahros „Die Alternative“, Peter Rubens Arbeiten zum Verhältnis von Wissenschaft und Philosophie, Helmut Sei-

³ Die abstrakte Identifizierung der „marxistisch-leninistischen Kaderphilosophie“, als einem Programm der „intellektuellen Barbarisierung“ (P. Ruben), mit einer Vielzahl unterschiedlicher philosophischer Bemühungen in der DDR, die sich jedoch alle weitgehend am Paradigma des Marxismus orientierten, ist eine typische Folge von verfehlter Fremd- und Selbstwahrnehmung. Auf der Ebene unterstellter und praktizierter Rationalitätskriterien lassen sich durchaus sinnvolle Vergleiche zwischen „ost- und westdeutscher“ Philosophie anstellen. Logik, Analytische Philosophie und Wissenschaftstheorie erforderten keine besonderen Hermeneutiken des Verstehens; und es scheint symptomatisch, daß die erste deutsch-deutsche Philosophiesellschaft schon im Frühjahr 1990 als „Gesellschaft für Analytische Philosophie“ gegründet wurde. Auch auf dem Gebiet der Geschichte der Philosophie, soweit sie nicht nur dem Schematismus der Grundfrage der Philosophie folgte, sondern bei der Untersuchung ihrer Gegenstände philologische, hermeneutische, historische oder strukturalistische Methoden anwendete, haben Vergleiche ihr fundamentum in re.

dels am Praxiskonzept orientierte Bücher und Artikel zur Geschichte der Philosophie, Gerd Irrlitz' Studien über den Ursprung der Moral und über die pantheistische Linie in der Geschichte der Philosophie, die späten Arbeiten Wolfgang Heises zu Hölderlin und zur Ästhetik des deutschen Idealismus mögen dann zu nennen sein.

Darüber hinaus gab es aber auch die mündlichen Diskussionen in kleinen Zirkeln und in den philosophischen Seminaren. In der konkreten Begegnung von Lehrenden und Studierenden der Philosophie beim gemeinsamen Studium philosophischer Texte und bei der Suche nach Antworten auf die Frage: Wie ist authentisches Leben möglich? ist ein ständiges Ausweichen in ideologische Worthülsen nicht möglich. In vielfacher Form stellte sich daher jenseits der Sphäre offizieller Verlautbarung Einverständnis her, daß es so nicht weitergehen kann. Die von einigen oft schmerzhaft empfundene Hilflosigkeit und die Suche nach Antworten, die in der offiziellen Philosophie schon lange nicht mehr zu finden waren, zeitigten Solidarisierungseffekte, die eine Kultur des Nachdenkens hervorbrachten, in der es vor allem um ein existentiell bedeutsames Philosophieren ging. In bewußter Abgrenzung vom verlogenen offiziellen Philosophiebetrieb etablierte sich eine philosophische Subkultur, die sich eigene inoffizielle Foren der Diskussion schaffte.

So fand sich z. B. in Leipzig seit Mitte der 80er Jahre eine Gruppe von Studenten und jungen Nachwuchswissenschaftlern zusammen, die die philosophische Zeitschrift „Seminarum“ gründete.⁴ Unzufrieden mit der gängigen Praxis m.-l. Philosophierens, engagierte man sich, um aus eingefahrenen Denkwegen auszubrechen. Ein wichtiger gemeinsamer Ausgangspunkt war, daß das, was man studierte, mit dem eigenen Leben zu tun haben sollte.

Philosophische Leitbilder und Selbstverständlichkeiten der Lehrergeneration wurden in Frage gestellt, ideologische Schablonen und politisch motivierte Feindbilder weithin suspendiert. So konnte sich in einer der Hochburgen des M.-L. eine halboffizielle Kultur des Philosophierens herausbilden, die mit der öffentlich praktizierten in keinem nennenswerten Bezug mehr stand. Von der genannten Gruppe ging im März 1990 die Initiative zur Gründung der „Leipziger Gesellschaft für Philosophie und Kultur“ aus. Ebenfalls 1990 kam es zur Gründung der Leipziger philosophischen Zeitschrift „Kultur und Kritik“.⁵ Der praktisch gelebte und philosophisch reflektierte Widerspruch zwischen offizieller Meinung und existentiell bedeutsamem Philosophieren wurde erst mit der Abwicklung der DDR-Philosophie wieder eingeebnet, indem das, wovon man sich in der DDR ständig als Philosoph zu distanzieren versuchte, nun von anderen zum Wesentlichen auch der eigenen Existenz gemacht wurde. Die nachträgliche Nivellierung eines gelebten Widerspruchs, der Verzicht auf Differenzierung ist es, der die gegenwärtige Debatte in eine Schieflage bringt.

Wer sich in der DDR für das Studium der Philosophie immatrikulieren ließ, tat dies aus den unterschiedlichsten Motiven heraus. Es war oft auch ein Sprungbrett für eine erfolgreiche politische Karriere im Partei- oder Staatsapparat, bot aber auch andererseits eine Fülle von Identifikationsmöglich-

4 Die Zeitschrift „Seminarum“ erschien in der Zeit von 1985–1989 in 12 Nummern mit einer Auflage von jeweils 99 Exemplaren, da eine offizielle Druck- und Vertriebslaubnis nicht erteilt wurde. Einen vollständigen Überblick über alle erschienenen Artikel gibt Frank Eckart in: *Eigenart und Eigensinn. Alternative Kulturszenen in der DDR 1980–1990*. Mit einem Bestandskatalog, bearb. u. komm. v. F. Eckart, hrsg. v. d. Forschungsstelle Osteuropa, ed. Temmen, Bremen 1993.

5 Vgl. zur Gründung der „Leipziger Gesellschaft für Philosophie und Kultur“ den Bericht in der *Süddeutschen Zeitung* vom 27. 03. 1990. Zur Arbeit der Gesellschaft insgesamt siehe das Interview mit P. Caysa und K.-D. Eichler in: *Initial*, H. 4/1993. Bis Ende 1994 erschienen sechs Nummern der Zeitschrift „Kultur und Kritik“ mit einer Auflage von je 1000 Exemplaren. Zur Charakterisierung des Inhalts der ersten Nummern vgl. die Rezension in der *FAZ* vom 27. 9. 1993. Erstes größeres Ergebnis eines gemeinsamen Versuchs einer kritischen Darstellung der Geschichte der „DDR-Philosophie“ war das Buch „*Hoffnung kann enttäuscht werden*“. Ernst Bloch in Leipzig, dokumentiert u. komm. v. V. Caysa, P. Caysa, K.-D. Eichler, E. Uhl, Frankfurt/M. 1992.

keiten jenseits offizieller Vorgaben und ideologischer Prämissen. Philosophie als Studienfach wurde auch aus Interesse am Philosophieren gewählt; das in der Abwicklung zum Substantiv mutierte Adjektiv „m.-l.“ konnte vernachlässigt werden.

Für mich war es in Leipzig die Begegnung mit einem philosophischen Lehrer wie Helmut Seidel, der jenseits parteipolitischer Instrumentalisierung und ideologischer Indoktrination in seinen Vorlesungen und Seminaren dazu einlud, an einem gleichberechtigten Diskurs über philosophische Probleme teilzunehmen.⁶ In den philosophischen Seminaren las man die Werke der großen philosophischen Tradition. Die aktuellen Publikationen konnten dabei einfach ignoriert werden.

Und schließlich gab es andere Orte des Philosophierens, wie z. B. die Deutsche Bücherei, deren Kantine (zumindestens vor dem Rauchverbot) ein idealer Platz für Gespräche war und die mit ihrem riesigen Bestand auch an aktuellster Literatur die geistige Nabelschnur zur Welt der Philosophie darstellte.

Als nach der „Wende“ die ersten Vertreter westdeutscher Philosophie in Leipzig eintrafen und uns aufforderten, nun doch erst einmal Platon oder Hegel, Heidegger oder Sartre zu lesen, konnte man ob solcher Überheblichkeit nur Unverständnis äußern. Heute ruft es andererseits nur noch ein müdes Lächeln hervor, wenn man erzählt, daß man, weil geeignete Vervielfältigungsmöglichkeiten nicht vorhanden waren, ganze Bücher abschrieb, um in den Besitz wichtiger Texte zu gelangen.

Die Reflexion eines in der westlichen Zivilisation sozialisierten Philosophen auf seine wissenschaftliche Existenz geschieht im wesentlichen im Rahmen der jeweiligen „scientific community“, weniger in den Dimensionen lebensweltlicher Praxis oder gar der Abgrenzung von einer moralisch korrupten Ideologie der Machterhaltung. Der systemübergreifende Zwang zur Akademisierung und damit auch zur Professionalisierung der Philosophie, der sich nach Ulrich Johannes Schneider in der „Ritualisierung der mündlichen und schriftlichen Vortrags- und Diskussionsformen“ ausdrückt, erfolgte in der DDR auf andere Art. Die Professionalisierung kollidierte ständig mit dem Anspruch der m.-l. Philosophie, „wissenschaftliche Weltanschauung“ zu sein, welche die subjektive Weltsicht des Individuums an den objektiven Gang der Geschichte verweist. Als Weltanschauung ist der Marxismus vor allem auch eine Form individueller moralischer Gesinnung, die „wissenschaftliches Urteil“ mit persönlicher Zeugenschaft zu vereinigen suchte. Von seiner Wurzel her ist der Marxismus auch ein Programm zur Überwindung der Philosophie und er verstand sich deshalb nie primär als eine rein akademische Angelegenheit.

II.

Der Prozeß der Erneuerung der Philosophie an den ostdeutschen Universitäten läßt sich unter verschiedenen Aspekten betrachten: als Verwestlichung der Struktur, als Verwestlichung des Lehrkörpers und als Verwestlichung des „Geistes“.⁷ Für die Ablösung der ostdeutschen Universitätsphilosophie stand ein westliches Modell zur Verfügung, auch das dazugehörige Personal stand bereit. Die Umgestaltung der DDR-Philosophielandschaft war im wesentlichen exogen bestimmt.

Der Einigungsvertrag hatte den Ländern in Artikel 13 die Aufgabe zugewiesen, die auf ihrem Gebiet liegenden „Einrichtungen der Kultur, der Bildung und Wissenschaft in Landesträgerschaft zu überführen oder aber abzuwickeln.“ Die Abwicklung bedeutete eine entschiedene Zäsur. Unter Hinweis auf Versuche der Täuschung und des Etikettenschwindels wurden nach der „Wende“ unter-

6 Vgl. das Vorwort zu „Praxis-Vernunft-Gemeinschaft“. Auf der Suche nach einer anderen Vernunft. Helmut Seidel zum 65. Geburtstag, hrsg. v. V. Caysa, K.-D. Eichler, Frankfurt/M. 1994. Diese Festschrift, an der sich zahlreiche Autoren aus dem In- und Ausland beteiligten, scheint mir der bisher umfangreichste Versuch einer „west-ostdeutschen“ philosophischen Publikation zu sein.

7 Vgl. dazu die Analysen in: Wissenschaftstransfer in Deutschland. Erfahrungen und Perspektiven, hrsg. v. B. Muszynski, Opladen 1993.

nommene Anstrengungen zur inneren Reform abgebrochen. Aus der Perspektive westdeutscher Wissenschaft erschienen Evaluation und Abwicklung einfach als bekannte Geschäftsgänge. Untersucht und auf ihre Effizienz hin überprüft wurden jedoch nicht nur Strukturen sondern auch Inhalte.

Die notwendige Rekonstruktion der ostdeutschen Philosophielandschaft wurde mit den unterschiedlichsten Begründungen legitimiert. Im Vordergrund steht hierbei das Argument der ideologischen Belastetheit der Philosophie. Als eine unmittelbare Folge der Realisierung des Herrschaftsanspruchs der Partei der Arbeiterklasse etablierte sich an den Universitäten der DDR ein Wissenschaftsverständnis, welches demjenigen der westlichen Demokratie in vielen Punkten widersprach. Akademische Selbstbestimmung und Selbstverwaltung verkümmerten aufgrund der Prämissen der „wissenschaftlichen Weltanschauung“ – Wahrheit und Parteilichkeit in einer unübertroffenen hermeneutischen Symbiose vereinigt zu haben – zu Rudimenten. Der Objektivitätsanspruch der m.-l. Philosophie verhiess somit die Erfüllung des alten platonischen Traums von der Weisheit auf dem Thron der Macht. Das in der Praxis durchgesetzte Primat der Parteiideologie sicherte ein parteieigenes Definitions- und Interpretationsmonopol auch in bezug auf philosophische Sachprobleme. Das Ergebnis war eine defizitäre philosophische Praxis, die den Gedanken einer Pluralität philosophischer Standpunkte ausschloß.

Nach der „Wende“ ging es unter diesem Gesichtspunkt um die Überwindung einer unheiligen Allianz von Philosophie und Politik, um die Herstellung von Wissenschaftsfreiheit in der Philosophie. Die Prozesse der Erneuerung führten jedoch nicht zu einer generellen Unabhängigkeit der Universitäten und Institute von den hochschulpolitischen Instanzen des Landes. Die Universität konnte nur sehr begrenzt zwischen den divergierenden Ratschlägen und Reformkonzepten auswählen, weil die Landespolitik über den Weg von Berufungen, Stellenplan und Haushaltsplan die entscheidende Instanz bleibt.

Nicht unerwähnt darf bleiben, daß einige ostdeutsche Philosophen ihr Verbleiben an den Universitäten nur den besonderen Bemühungen neuberufener westdeutscher Professoren verdanken. Unterhalb der Ebene offizieller Berufungspolitik kam es zu Solidarisierungsbestrebungen, die für Teile des ostdeutschen philosophischen Nachwuchs kurz- und mittelfristige Perspektiven der Fortsetzung der akademischen Existenz ermöglichten.

Aus der Perspektive der Politik wurde jedoch im wesentlichen die inhaltliche Erneuerung mit personeller Erneuerung identifiziert. Für Außenstehende galt die Auswechslung von Personen weitgehend als Indikator der Fähigkeit zur Selbstreform der Universität. Mit dem Abwicklungsbeschluß wurden die schon aus eigener Initiative gegründeten Gremien der Erneuerung aufgelöst.

Die sich daraus ergebende Frage, ob eine zukunftsweisende Reform der philosophischen Ausbildung ohne externe Eingriffe gelingen und vielleicht sogar besser gelingen wäre, ist nicht einfach zu beantworten. In der Regel konzentriert sich diese Diskussion um eine mögliche endogene Erneuerung der Philosophie an den DDR-Universitäten auf die Aspekte der „Selbstreinigung“, der Erneuerungsfähigkeit und der Erneuerungswilligkeit. In fachlicher Hinsicht bestand von Anfang an eine ausgeprägte Bereitschaft zur Anpassung an den westlichen philosophischen Standard, unter diesem Gesichtspunkt nachholbarer fachlicher Kompetenz ist die Anschlußfähigkeit der ostdeutschen Philosophen an das internationale philosophische Niveau eine Frage der Ausprägung solcher systemunabhängiger Tugenden wie Fleiß, Ausdauer, Originalität und Denkfähigkeit.

Allerdings waren interne Reformkräfte nur eine verschwindende Minderheit. Das war vor allem das Ergebnis einer spezifischen und systematischen Selektion und Sozialisation des wissenschaftlichen Personals an den philosophischen Sektionen. Die informelle Norm der Kollegialität erschwerte es außerdem, sich als „Reformer“ gegen Kollegen zu stellen. Schnell war der Vorwurf bei der Hand, ein Nestbeschmutzer und Verräter zu sein. Die Anonymität vieler Entscheidungsprozesse bot aber auch einen idealen Nährboden für Denunziationen und trieb neue Blüten versteckten und offenen Opportunismus hervor.

Dabei standen am Beginn dieses Weges der Umstrukturierung durchaus unterschiedliche Optionen. Sie reichen von der fachbezogenen inhaltlichen und moralischen Pauschalverurteilung aller ehe-

maligen DDR-Philosophen bis hin zu Vorschlägen des Anknüpfens an die verschütteten Traditionen der jeweiligen Philosophieinstitute. So forderte in einem Interview mit der Zeitschrift „Information Philosophie“⁸ der damalige Geschäftsführer der „Allgemeinen Gesellschaft für Philosophie in Deutschland“ Werner Becker, daß die gesamte DDR-Philosophie abgewickelt werden muß. Die Kritik der DDR-Philosophie ist – so Becker – eine moralische Angelegenheit: „Es geht bei der Rolle der DDR-Philosophie um politische Moral und um Wissenschaftsmoral, nicht um Wahrheit oder Falschheit sozialwissenschaftlicher Methoden und Theorien. Es geht nicht um die politische Ausschaltung vorgeblich ‚unbequemer‘ Denkrichtungen ... Dieser moralische Vorwurf trifft alle, nicht bloß die ‚Chef-Philosophen‘, die von den Untergebenen heute zwecks Selbstentlastung allein als die ‚Unterdrücker‘ dämonisiert werden. Doch allein wegen des unverzeihlichen Verrats an den Grundwerten europäischer Geistesfreiheit – also aus Gründen politischer Moral – verdient die DDR-Philosophie als ganze die ‚Abwicklung‘, und nicht weil sie in der Theorie Marxismus war.“ Dieser Standpunkt des moralischen Purismus verführt offensichtlich zu Pauschalurteilen und fordert eine Kollektivhaftung für alle DDR-Philosophen.

Eine differenziertere Sicht auf die Verhältnisse in der DDR forderte der heute an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg lehrende Manfred Riedel. In einem Interview mit der „Leipziger Volkszeitung“⁹ heißt es: „Das wichtigste scheint mir, Gestaltungsvorschläge der jüngeren Dozenten und der Studentenschaft nicht länger zu ignorieren oder auf die lange Bank zu schieben, auf der demnächst ein westdeutscher ‚Gründungsdirektor‘ – was für ein greulicher Titel – Platz nimmt. Der wird vermutlich eine ‚Schule‘ vertreten und beiseite wischen, was nach der ‚Wende‘ vom Herbst 1989 vor Ort erarbeitet worden ist ... Eine geistige Erneuerung kann immer nur ‚von unten‘, in und mit den Bedürfnissen der jungen Generation anfangen; ein Neuanfang, den die strategisch kurzatmige Macht von ‚Schulrichtungen‘ leicht abfangen könnte“, ist das Gebot der Zeit. Eine Konstanzer Forschungsstudie zur „Situation der Geisteswissenschaften in der ehemaligen DDR“¹⁰ verband die Empfehlung, daß Neuberufungen für Lehrstühle der Philosophie aus Westdeutschland oder dem Ausland vorzunehmen seien, mit dem Hinweis, die „Berufungschancen für ostdeutsche Hochschullehrer in Westdeutschland spürbar zu verbessern.“

Eine offene, unvoreingenommene Diskussion zwischen west- und ostdeutschen Philosophen kam jedoch nur in Ansätzen zustande. Eine Ausnahme bildet hier, um in Leipzig zu bleiben, die im September 1992 von der deutschen Spinoz-Gesellschaft und dem zu diesem Zeitpunkt schon abgewickelten Wissenschaftsbereich Geschichte der Philosophie unter Leitung von Helmut Seidel durchgeführte internationale Spinoza-Konferenz. Die Initiativen zu einem Treffen der Spinoza-Forscher entstanden lange vor dem Zusammenbruch der DDR. Die Wahl des Veranstaltungsortes und das Thema (Freiheit und Notwendigkeit) waren nicht zufällig. Frei von Ressentiments und Affekten der Selbstdarstellung – ganz im Geist ihres großen holländischen Vorbildes – wurde an die in Leipzig von H. Seidel erbrachten Beiträge zur Spinoza-Forschung angeknüpft.

Gewöhnlich durchbrachen die Versuche eines Dialogs kaum jemals eingefahrene Wahrnehmungs- und Deutungsmuster. Der versuchte Spagat zwischen kritischer Diagnose und Selbst-Anschuldigung mißlang. Die gegenwärtig vielfach zu beobachtende Nostalgie ist somit auch das Resultat eines verletzten Selbstwertgefühls der Abgewickelten. Die Abwicklung wurde von den Betroffenen als rechtlich fragwürdig, ja als unrechtmäßig gewertet. Die gerichtliche Überprüfung der Abwicklungsbescheinigungen hat inzwischen in der Tat gezeigt, daß rechtsstaatliche Maßstäbe in manchen Fällen den politischen geopfert wurden. Vor allem die Proteste der Studenten und in Ansätzen des akademischen Mittelbaus trugen dazu bei, die zunächst harten Auswirkungen des Abwicklungsbeschlusses abzuschwächen.

8 Information Philosophie, H. 5/1991, 25.

9 Leipziger Volkszeitung vom 24. 05. 1991.

10 Geisteswissenschaften in der ehemaligen DDR, hrsg. v. B. Steinwachs, Band 1: Berichte, Konstanz 1993, 32.

Subjekt der Erneuerung der akademisch betriebenen Philosophieverbildung wurden in immer stärkerem Maße Westdeutsche, während diejenigen „Nachwuchswissenschaftler“ der DDR auf dem Gebiet der Philosophie, denen diese Gestaltungschance in einer ununterbrochenen Generationsfolge vermutlich zugefallen wäre, weitgehend ausgeklammert wurden. Die in den ideologisch belasteten Fächern vorgenommenen Veränderungen glichen Organtransplantationen, weil generell die Wissenschaftsfähigkeit ostdeutscher Philosophen in Frage gestellt wurde.

Das Urteil über die Situation der Universitätsphilosophie nach der Vereinigung ist daher eher ernüchternd. Der Anschluß an den wissenschaftlichen Standard, so weit es den in der Philosophie überhaupt gibt, führte nur in wenigen Fällen zur kritischen Reflexion auf das eigene Geschäft. Sollte nicht das Scheitern einer aus philosophischer Theorie gespeisten Utopie Anlaß sein, sich der Unzulänglichkeiten des Philosophischen in toto zu erinnern?

*Dr. sc. Klaus-Dieter Eichler, Universität Leipzig, Institut für Philosophie, Augustusplatz 9,
04109 Leipzig*